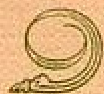
WILHELM PIECK

Junkerland in Bauernhand



MARX-ENGELS-LENIN-STALIN-INSTITUT BEIM ZK DER SED

WILHELM PIECK

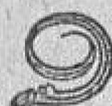
JUNKERLAND IN BAUERNHAND

Rede zur demokratischen Bodenreform
Kyritz, 2. September 1945

ANHANG

Entschließung der Bauernschaft in Kyritz
2. September 1945

Wichtigste Daten zur Agrarpolitik
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands



DIETZ VERLAG BERLIN

1955

1.—150. Tausend

Dietz Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1955 · Printed in Germany

Typographie: Dietz Entwurf · Umschlag: Max Gebhard
Papierformat: 70×100 cm · Autorenbogen: 2 · Druckbogen: 3,5
Lizenznummer 1 · Druck: Meißner Druckhaus III-21-3

VORBEMERKUNG

Am 3. September 1955 begehen die werktätigen Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik gemeinsam mit der Arbeiterklasse und allen anderen Werktätigen den zehnten Jahrestag der demokratischen Bodenreform. An diesem denkwürdigen Tage halten sie Rückschau auf das Geleistete und Errungene und nehmen — die leuchtende Perspektive eines Lebens in Frieden, Glück und Wohlstand vor Augen — Kurs auf die Lösung der gewaltigen Aufgaben, die ihnen der Aufbau der Grundlagen des Sozialismus stellt.

Vor zehn Jahren — nach der Zerschmetterung des Faschismus durch die ruhmreiche Sowjetarmee — begannen in der damaligen sowjetischen Besatzungszone die antifaschistisch-demokratischen Kräfte auf Initiative der Kommunistischen Partei Deutschlands mit der demokratischen Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens auf dem Lande. Entsprechend den jahrhundertealten Forderungen der werktätigen Bauern und Landarbeiter wurde der Großgrundbesitz enteignet und aufgeteilt. Die treibende Kraft bei der Organisierung, Durchführung und Sicherung der demokratischen Bodenreform war die einheitlich handelnde revolutionäre Arbeiterklasse.

Die demokratische Bodenreform schuf die ökonomischen und politischen Grundlagen unserer Arbeiter- und Bauernmacht auf dem Lande, schuf die Bedingungen für die demokratische Umgestaltung und für die in der deutschen Geschichte beispiellose Kulturrevolution auf dem Lande. Sie war der erste Schritt auf dem Wege, der zu einer breiten Anwendung der modernen Technik und der Erkenntnisse der fort-

schrittlichen Agrarwissenschaft sowie zur Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften führte. Durch die gemeinsame Arbeit und durch den gemeinsamen Kampf wurde das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft geschmiedet und gefestigt, und heute baut die werktätige Bauernschaft an der Seite der Arbeiterklasse aktiv die Grundlagen des Sozialismus auf.

Wilhelm Pieck, der Präsident des ersten Arbeiter- und Bauernstaates in der deutschen Geschichte, hat sich stets mit allen Kräften für die Interessen der Arbeiter und Bauern eingesetzt. Die grundlegende und wegweisende Rede, die der damalige Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands am 2. September 1945 in Kyritz hielt, stand am Beginn einer Entwicklung, die Vorbild für ganz Deutschland ist. Vor Bauern, Umsiedlern und Landarbeitern gab er die politische Begründung für den Kampf gegen die Junker und Großgrundbesitzer, für das Ringen um die demokratische Umgestaltung des Dorfes.

Der zehnte Jahrestag der demokratischen Bodenreform ist der Anlaß, die bedeutsame Rede Wilhelm Piecks — ergänzt durch einen Anhang über die Agrarpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands — neu herauszugeben.

Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut
beim Zentralkomitee der SED

Liebe Freunde, Bauern und Landarbeiter!

Ich erwidere Ihre Begrüßung herzlich und freue mich, daß Sie so zahlreich erschienen sind, um über eine große Aufgabe zu beraten und zu beschließen, die sowohl dem Bauernvolk wie dem gesamten deutschen Volke helfen soll, aus der Katastrophe herauszukommen, in die es von Hitler mit seinem verbrecherischen Krieg hineingetrieben wurde. Das Dorf hat unter den Auswirkungen des Hitlerkrieges besonders stark gelitten, nicht nur, daß ein großer Teil der bäuerlichen Jugend, wie überhaupt der männlichen Bauernbevölkerung, im Kriege geblieben ist, auf den Schlachtfeldern verblutete, auch die Bauernwirtschaft ist durch die Ansprüche, die an sie zu Kriegszwecken gestellt wurden, vor allem durch die Zwangswirtschaft, nahezu ruiniert worden, und nur mühselig wird sich der Bauer wieder emporarbeiten können.

Die allgemeine Notlage unseres Volkes, die völlige Aussaugung der Wirtschaft durch den Krieg, die ungeheuren Zerstörungen in den großen Städten und den großen Betrieben, die großen Schäden an den Verkehrswegen, die ungeheuren Ernährungsschwierigkeiten, die die Gefahr der Hungersnot unmittelbar stellen, das Daniederliegen der Produktion, das

Fehlen von Rohstoffen und anderes mehr wirkt sich in besonders starkem Maße auf die Lage im Dorfe, auf die arme Bauernschaft und die Landarbeiter aus. Am meisten leidet die bäuerliche Bevölkerung, die durch den Krieg ihren Besitz verloren oder aus ihren Wohngebieten flüchten und in andere Gebiete abwandern mußte und nur unter großen Schwierigkeiten eine neue Wohnstätte findet. Tatsächlich hat Hitler mit seinem Kriege Millionen von Menschen, auch der Bauernschaft, zu heimat- und obdachlosen Bettlern gemacht. Aber nicht nur das, er hat auch gegenüber den anderen Völkern den deutschen Namen mit Schimpf und Schande bedeckt. Hat er doch immer wieder bei seinen Überfällen auf die anderen Völker, bei den an ihnen verübten Grausamkeiten, bei der systematischen Ausrottung ganzer Bevölkerungsteile erklärt, das alles geschehe im Namen des deutschen Volkes, das völlig eins mit ihm sei und mit ihm bis zu Ende gehen werde. So hat Hitler unserem Volke Haß und Verachtung zugezogen, und unser Volk wird sehr viel tun müssen, um sich wieder Achtung und Freundschaft in der Welt zu erwerben.

Immer wieder muß man sich fragen: Wie war es nur möglich, daß Hitler das alles mit unserem Volke machen konnte, daß es nicht die Kraft fand, diesem Verbrechen Einhalt zu gebieten, und daß der Krieg schließlich von Hitler nach Deutschland geschleppt

und diese Katastrophe herbeigeführt werden konnte. Vor allem gilt es, Lehren daraus zu ziehen, um zu verhindern, daß ein solches Unglück, eine solche Katastrophe nicht noch einmal, zum dritten Male, über das deutsche Volk gebracht werden kann.

DIE LEHRE VON 1918

Denken wir daran, was 1918 war, nach einem vierjährigen Kriege, der auch von deutscher Seite unternommen wurde, mit dem Ziele, sich die Welt zu unterjochen, wie es die Alldeutschen, die Junker, Trustkapitalisten und die in ihrem Solde stehenden Professoren proklamierten. Der Krieg endete mit einer Niederlage und einem schweren Friedensdiktat der Siegermächte. Das kaiserliche militärische Regime brach zusammen. Der Kaiser war geflohen, aber die Kriegstreiber und Kriegsschuldigen, die Junker und Generale, die Trustkapitalisten, blieben. Nach kurzer Zeit, in der sie sich etwas duckten, traten sie wieder mit aller Frechheit auf, forderten Revanche für Versailles, bildeten militaristische Organisationen, die Schwarze Reichswehr und die Freikorps, die zunächst ihre Aufgabe darin sahen, aufrechte Männer aus dem deutschen Volke, die für Frieden und Demokratie eintraten, meuchlings zu ermorden, vor allem aber mit aller Kraft zu einem neuen Kriege zu rüsten.

Aber im deutschen Volke waren die Erinnerung an die Kriegsbarbarei und der Widerstand gegen eine Wiederholung zu stark, als daß die Kriegstreiber so ohne weiteres einen neuen Krieg hätten provozieren können. Um diesen Widerstand im Volke zu brechen und es durch eine demagogische Agitation für die Kriegszwecke einzufangen, zogen sich die Trustkapitalisten und Junker in der Hitlerpartei die Organisation zur Vorbereitung und Durchführung des Krieges heran, die sie mit großen Geldsummen unterstützten. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei — jeder Teil dieser Bezeichnung ist eine Lüge — war die Kriegspartei der Trustkapitalisten und Junker, deshalb übertrugen sie ihr auch die Regierungsgewalt. Tatsächlich wurde mit dem 30. Januar 1933 der zweite Weltkrieg eingeleitet. *Hätte das deutsche Volk im Jahre 1918 die richtigen Lehren gezogen und die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher, die Junker und Trustkapitalisten und die Generale, unschädlich gemacht, so hätte es sich die Hitlerdiktatur und den Hitlerkrieg mit seinen ungeheuren Opfern erspart, und es wäre nicht in diese Katastrophe gestürzt.* Soll sich das zum zweiten Male wiederholen? Es wird niemand im werktätigen Volke geben, der das will, aber dann müssen heute diese Lehren gezogen werden, was 1918 versäumt wurde. Welche Lehren müssen gezogen werden?

ABRECHNUNG MIT DEN KRIEGSVERBRECHERN

Die Kriegsschuldigen und die Kriegsverbrecher müssen von unserem Volke zur Verantwortung gezogen werden, es darf ihnen niemals mehr gelingen, zu einem führenden Einfluß zu gelangen. Wer diese Schuldigen und diese Verbrecher sind, ist nicht schwer zu erkennen. Es sind die großen Trustmagnaten, die ungeheuer am Kriege profitierten, die Hitler finanzierten und mit der Kriegsprovokation beauftragten. Es sind die Krupp, Thyssen, Vögler, Flick und Konsorten. Es sind die Großgrundbesitzer, die Junker und Feudalherren, die hauptsächlich die Generale für den Krieg stellten, es sind die Naziführer und ihre aktiven Helfer, es sind ihre Mordgesellen, die in den Gefängnissen und Konzentrationslagern Millionen Menschen unseres Volkes und der anderen Völker ermordeten. Alle diese Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher müssen jetzt für immer unschädlich gemacht, es muß ihnen die Grundlage ihrer Macht, ihr Grundbesitz und ihr Vermögen, genommen werden. Sie haben alle ein großes Geschäft während der Hitlerdiktatur und des Hitlerkrieges gemacht und unerhörte Reichtümer an sich gerissen. Das muß ihnen bis zum letzten genommen werden.

Es muß eine gründliche Abrechnung mit diesen Kriegsverbrechern erfolgen. Wir sollen dies nicht nur

den ausländischen Mächten überlassen, wie das jetzt in dem Prozeß in Nürnberg vorgesehen ist. Unser Volk muß selbst diese Verbrecher unschädlich machen. Wir sollen uns nicht täuschen lassen, wenn sich diese Gesellschaft jetzt verkriecht und von ihren Spuren abzulenken versucht. In jedem Dorfe, in jeder Gemeinde sitzt noch eine ganze Anzahl von ihnen. Wenn wir heute nicht mit ihnen abrechnen, wird es morgen unser Blut kosten. Wir dürfen ihnen keine Gelegenheit mehr geben, ihr verderbliches Spiel mit dem deutschen Volke wieder aufzunehmen und ihre Organisationen, Gruppen oder Verbände wieder aufzubauen. Jeder einzelne muß die größte Aufmerksamkeit auf dieses Verbrechergesindel richten. Dabei wissen wir wohl zu unterscheiden zwischen diesen Verbrechern und denen, die unter dem Druck oder auch durch die Demagogie der Faschisten Mitglieder ihrer Partei geworden sind. Ihnen werden wir Gelegenheit geben, sich durch die Teilnahme am antifaschistischen Kampfe und an der demokratischen Neugestaltung unseres Landes wieder Vertrauen zu erwerben. Sie sollen verstehen, daß auch sie eine Schuld zu begleichen haben, die sie durch ihre Mitgliedschaft in der Nazipartei auf sich geladen haben.

Unser Volk muß aus seinem Unglück aber auch die große Lehre ziehen, daß es an sich selbst, in seinem Denken und Handeln, eine große Wandlung vornehmen muß. *Unser Volk muß sich befreien von dem ihm von seinen Herren anerzogenen Untertanengeist, von der Hörigkeit und Knechtseligkeit. Es muß sich mit dem demokratischen Selbstbewußtsein, mit dem Stolz des freien, selbständig denkenden Menschen erfüllen.* Nicht blinder Kadavergehorsam, wie ihn die Faschisten mit ihrem Führerprinzip forderten, sondern eine freiwillige, auf der Erkenntnis der Notwendigkeit beruhende Disziplin soll zum Rüstzeug einer neuen, kämpferischen Demokratie werden. Damit wollen wir unsere Schuld gegenüber den anderen Völkern abtragen, die uns Hitler aufgehalst hat, so wollen wir uns wieder Achtung und Ansehen in der Welt verschaffen und unser neues Deutschland aufbauen.

Es gibt schon Anzeichen dafür, daß die deutschen Arbeiter und Bauern beginnen, diese Notwendigkeit zu begreifen. Es geht noch alles sehr langsam vor sich, und noch viel zu schnell wird vergessen, was Hitler angerichtet hat, wie unser Volk unter dem Schrecken des Hitlerkrieges keine ruhige Stunde mehr hatte und welche brutalen Gewaltmaßnahmen die Hitlerbande gegen diejenigen in unserem Volke verübte, die die-

sem Verbrechen ein Ende machen wollten. Denken Sie an die Ermordung von Ernst Thälmann, diesem großen Freund der Arbeiter und Bauern, denken Sie an die vielen anderen führenden Männer im deutschen Volke, die von Hitler ermordet wurden. Wir dürfen das alles der Hitlerbande nie vergessen, und keiner von ihnen soll hoffen, daß ihm die Abrechnung erspart bleibt.

DIE ENTMACHTUNG DER JUNKER EINE DER WICHTIGSTEN LEHREN

Zu der wichtigsten Lehre, die unser Volk aus seinem Unglück ziehen muß, gehört vor allem die Entmachtung der Großgrundbesitzer, der Junker, Fürsten durch die Enteignung ihres den Bauern geraubten Grundeigentums und ihres sonstigen Vermögens. Es ist an der Zeit, daß sich die Bauern- und Landarbeitermassen zusammentun, um das geraubte und ergaunerte Land wieder in die Hände der Bauern und Landarbeiter zurückzubringen. Es ist sehr zu begrüßen, daß sich die Erkenntnis dieser Notwendigkeit immer stärker im Dorfe unter den Bauern und Landarbeitern breitmacht und ernste Forderungen auf eine gründliche demokratische Bodenreform erhoben werden.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat volles Verständnis für diese Bestrebungen unter der

Bauernschaft und unter den Landarbeitern, die sie mit allen Kräften unterstützt. Wie sie sich schon in der Weimarer Zeit mit allen Kräften für die Behebung der Bauern- und Landarbeiternot einsetzte und aus Anlaß der großen Wirtschaftskrise durch den Mund ihres Parteivorsitzenden Ernst Thälmann im Mai 1931 ein ausführliches Bauernhilfsprogramm entwickelte, so hat sie sich auch jetzt wieder mit aller Energie der Beseitigung der Not der Bauern und Landarbeiter zugewandt, die durch den verbrecherischen Hitlerkrieg herbeigeführt wurde. Die Kommunistische Partei hat sich die jahrhundertealte Forderung der Bauern, die Überführung des Junkerlandes in Bauernhand, zu eigen gemacht und sie in ihrem am 11. Juni 1945 herausgegebenen Aktionsprogramm in folgenden Worten formuliert:

„*Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern.* Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Großgrundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.“[1]

[1] Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der neuesten Zeit“, Bd. I, 1. Halbbd., Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 377. *Die Red.*

KAMPFBÜNDNIS
DER ARBEITER UND BAUERN

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat seit ihrem Bestehen unausgesetzt für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter und der armen Bauern gekämpft und sich darum bemüht, ein enges Kampfbündnis zwischen den Arbeitern und Bauern herbeizuführen. Es hat nicht an ihr gelegen, wenn dieses Ziel bisher nicht erreicht wurde. Aber mit um so größerer Energie setzt sie sich jetzt nach den bitteren Erfahrungen der Arbeiter und Bauern, die sie mit der Hitlerdiktatur und dem Hitlerkrieg machten, für die Durchsetzung ihrer Forderungen ein. *Der jahrhundertealte Traum der Bauern und Landarbeiter, das Junkerland in ihre Hände zu nehmen, muß jetzt seine Verwirklichung finden.*

Die geschichtlichen Erfahrungen müssen von den Bauern und Landarbeitern ausgewertet und in einen entschlossenen Kampf um ihre Forderungen umgesetzt werden. Ich erinnere an den großen deutschen Bauernkrieg 1525, wo die Bauern um die Ermäßigung der Frondienste und Abgaben und für gleiche und gerechte Rechtsprechung kämpften, wo unter Thomas Münzer die Vernichtung des Feudalismus und die Gleichheit aller Menschen und eine wirkliche Demokratie gefordert und wo von den besten Vertretern der Bauernhaufen in Heilbronn die Forde-

rung nach der Reichseinheit erhoben und eine erste demokratische Reichsverfassung entworfen wurde. Diese demokratische Bauernbewegung wurde mit Gewalt niedergeschlagen. Die Bauern blieben im Joch des Feudalismus, der Bauer ein geschundener Mensch. Auch die sogenannte Bauernbefreiung zu Beginn des 19. Jahrhunderts durch das Oktoberedikt von 1807 und das nachfolgende Regulierungsedikt von 1811 und die königliche Deklaration von 1816 brachten den Bauern keine Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Lage, vor allem nicht die Befreiung von den Feudallasten. Den Bauern wurde zwar erklärt, daß sie persönlich frei seien, aber die Feudallasten seien mit dem ihnen gehörenden Boden verbunden, und von diesen könnten sie sich nur durch die Preisgabe ihres Bodens befreien.

Tatsächlich ging dieser Prozeß der „Befreiung" der Bauern vom Boden im starken Maße weiter, und der Bauer wurde immer mehr zum besitzlosen Proletarier. Auch die Revolution von 1848 brachte den Bauern keine Entlastung von diesen Frondiensten und Abgaben, wenn auch in Süddeutschland, Sachsen, Schlesien und am Rhein die Bauern dazu übergingen, die Junker mit Waffengewalt zu verjagen und die Urkunden zu verbrennen.

In Wirklichkeit erfolgte erst durch die Inflation von 1923 eine Liquidierung der auf dem Bauern-

boden ruhenden feudalen Abgaben und Lasten, wobei die Junker die Frechheit besaßen, eine Aufwertung dieser Bauernabgaben zu fordern. Als in der Weimarer Republik von den Kommunisten die Forderung nach der Enteignung der großen Fürstenvermögen gestellt und gemeinsam mit den Sozialdemokraten durch eine Volksabstimmung diese Enteignung der reaktionären Großgrundbesitzer herbeigeführt werden sollte, lehnte der Deutsche Reichstag mit 236 gegen 142 Stimmen diese Enteignung ab, wie auch die Volksabstimmung nur 14½ Millionen Stimmen, also nicht die erforderliche Mehrheit von 20 Millionen Stimmen, erbrachte.

DIE ZUNAHME DES GROSSGRUNDBESITZES UNTER HITLER

Unter Hitler hat der Großgrundbesitz noch um ein bedeutendes zugenommen. So wuchs in der Zeit von 1933 bis 1939 die Zahl der größten Grundbesitzer um 898 und der ihnen gehörende Boden um fast 3 Millionen Hektar. Bei Beginn des Hitlerkrieges gab es 41 751 Junkerbetriebe mit je über 100 Hektar Land, mit insgesamt 20,3 Millionen Hektar Boden. Das sind 38 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Dagegen gab es 1 764 000 Bauern-

betriebe mit 5 bis 100 Hektar Land — insgesamt 28,6 Millionen Hektar Land —, also 53,4 Prozent der Gesamtfläche. Der Rest gehört den armen Bauern, die unter 5 Hektar Land haben und deren Zahl in die Millionen geht.

So haben weder das kaiserliche Deutschland noch die Weimarer Republik, noch Hitler den junkerlich-feudalen Großgrundbesitz beseitigt. Obwohl Hitler in seinem bekannten Februarprogramm vom Jahre 1920 eine Bodenreform durch die Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden forderte, hat er später, als die ihn finanzierenden Großgrundbesitzer und Kapitalisten drohten, ihm wegen dieser Forderung die weitere Hilfe zu entziehen, es als eine Verleumdung der Nazipartei bezeichnet, daß sie den Großgrundbesitz enteignen wollte. Gerade diese Stellungnahme Hitlers zeigt den infamen Betrug, den er an den Bauern verübte. Nachdem er ihnen zuerst alles versprach, was sie hören wollten, hat er, zur Macht gelangt, alles getan, um die Lage der Bauern nicht nur zu verschlechtern, sondern ihre Wirtschaften auf einen Tiefstand herabzudrücken, der dem völligen Bankrott der Bauernwirtschaften gleichkommt. Auch Hitler hat den Grundbesitz der 16 Fürstenhäuser mit fast 600 000 Hektar Land bestehen lassen. Unter Hitler gab es 5554 große Feudalherren mit 5¾ Millionen Hektar

Boden. Allein auf diesem Boden hätten 550000 Bauernfamilien mit je 10 Hektar Land angesiedelt werden können. Das Siedlungsprogramm, das Hitler zum Betruge der Bauern verkündete, endete damit, daß im Jahre 1939 ganze 798 Siedlerstellen geschaffen wurden. Hitler suchte die Landnot der deutschen Bauern und Landarbeiter für sein verbrecherisches Spiel mit dem Kriege auszunützen, indem er in Aussicht stellte, ihnen Land von dem den anderen Völkern geraubten Boden zu verschaffen. Er trieb die Bauern in diese große Katastrophe hinein, durch die sie nahezu alles verloren. Die Bauern und Landarbeiter beginnen ihre Lehren aus diesen bitteren Erfahrungen zu ziehen. Eine tiefe Bewegung beginnt um die Verwirklichung ihrer alten Bauernforderung, das Junkerland in Bauernhand zu überführen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart, diese Forderung in die Tat umzusetzen. *Die gesamte Arbeiterklasse muß sich mit den Bauern und den Landarbeitern in einem engen Kampfbündnis vereinigen, denn die Umgestaltung unseres ganzen Landes, die Schaffung eines neuen, demokratischen Deutschlands hängt entscheidend davon ab.* Es geht um die größte Umwälzung in Deutschland. Was in Jahrhunderten trotz Kriegen und Revolutionen in Deutschland nicht gelang, das wird jetzt auf dem Wege einer demokratischen Bodenreform erreicht werden. Es wird die

Junkermacht gestürzt und das Junkerland in die Hände der Bauern und Landarbeiter übergeführt werden.

SINN UND INHALT DER BODENREFORM

Worum geht es bei dieser Bodenreform, was ist ihr Sinn, wie soll sie durchgeführt werden? Ich stütze mich bei der Darlegung der Bodenreform auf die Anregungen und Forderungen, die aus Beratungen mit Bauern und Landarbeitern hervorgegangen sind, in denen diese ihre Begründung für ihre Forderung nach Enteignung des junkerlich-feudalen Großgrundbesitzes und seiner Zuteilung an die arme Bauernschaft und an Landarbeiter gaben. Der von ihnen vertretene Grundgedanke besteht darin, daß der feudal-junkerliche Großgrundbesitz liquidiert und der Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer im Dorfe ein Ende gemacht werden muß. Der Grundbesitz soll sich auf feste, gesunde und leistungsfähige Bauernwirtschaften stützen, die Privateigentum ihrer Besitzer sein müssen.

Um das zu erreichen, soll der durch die Enteignung gewonnene Boden dazu verwandt werden, landarme Bauernwirtschaften zu vergrößern und neue selbständige Bauernwirtschaften für Bauern ohne Boden, kleine Pächter und Landarbeiter und auch Umsiedler

zu schaffen. Der den Bauern und Landarbeitern zugeteilte Boden soll sofort mit der Zuteilung in ihren Privatbesitz übergehen. Der Grundgedanke ist, daß möglichst viele kleine selbständige Bauernwirtschaften geschaffen werden. Das erfordert aber auch eine gewisse Begrenzung in der Größe der zu schaffenden Bauernwirtschaften, die sich natürlich nach der Bodenqualität, der verfügbaren Bodenmenge und der Zahl der Bodenanwärter richten muß. In den Beratungen wurde als eine ausreichende Norm der Bodenfläche bei gutem Ackerboden 5 Hektar angesehen, die sich bei schlechterer Bodenqualität auf 8, eventuell 10 Hektar erweitern soll. Natürlich soll der zugeteilte Boden von den Bauern bezahlt werden, wobei der Wert nach dem Ertrage einer Jahresernte und nach dem Ablieferungspreis für Roggen bemessen werden soll. Es wurde ein durchschnittlicher Ertrag der Jahresernte von 1000 bis 1500 Kilogramm Roggen auf den Hektar als Grundlage angenommen, was bei 5 Hektar Land 5000 bis 7500 Kilogramm ergibt. Bei einem Ablieferungspreis von 180 bis 200 RM je Tonne Roggen macht das insgesamt 900 bis 1000 RM aus, bei besserem Boden, der einen Ernteertrag bis zu 1500 Kilogramm Roggen ergibt, würde sich unter den gleichen Berechnungen der Preis auf 1350 bis 1500 RM erhöhen. Dieser Kaufpreis soll in zehn Jahresraten abgezahlt werden, in besonderen Fällen, wo es

sich um völlige Neuschaffung von Bauernstellen handelt, soll die Frist auf zwanzig Jahresraten verlängert werden.

WER SOLL ENTEIGNET WERDEN?

Von den Faschisten wurde immer wieder zur Begründung ihres Raubkrieges angeführt, dem deutschen Volke mangele es angeblich an Land, und deshalb müsse es andere Völker überfallen, um ihnen den Boden zu rauben. Um die Massen zu betrügen, wurde ihnen vorgerechnet, wieviel Menschen auf einem Quadratkilometer Boden wohnen, wobei für Deutschland die entsprechende größere Bevölkerungsdichte als Grund für den Raubzug angegeben wurde. Nun hängt aber der Wohlstand eines Volkes gar nicht so sehr von der Größe seines Landes, als vielmehr von seiner gesteigerten Produktivität und seinen Austauschbeziehungen zu den anderen Völkern ab, vor allem aber von dem Anteil, den die werktätigen Massen, Arbeiter und Bauern, an dem Ertrage ihrer eigenen Arbeit haben. Und so steht es auch mit der Verteilung des Grund und Bodens — ob er sich in den Händen der Großgrundbesitzer oder in den Händen der schaffenden Bauern befindet.

Das Problem des Lebensraumes für die Bauern besteht gerade darin, daß sie den ihnen von den Jun-

kern und Feudalherren gestohlenen Lebensraum zurücknehmen und das Junkerland wieder in Bauernhand übernehmen.

Sie brauchen sich nur die Besitzverhältnisse im Kreise Ostprignitz näher anzusehen, um zu verstehen, wie das Problem des Lebensraumes gelöst werden muß. Es gibt im Kreise allein 68 große Güter, von denen jedes weit über 100 Hektar Grundfläche hat, darunter solche, wie das des Junkers von Rendor in Zaatzke mit 719 Hektar, des von Königsmark in Kötzlin mit 587 Hektar, das von Weule in Holzhausen mit 550 Hektar, das des Junkers von und zu Putlitz in Laaske mit 512 Hektar, des Gutsbesitzers Kiepert in Fretzdorf mit 463 Hektar und des Gutsbesitzers Stein in Rapshagen mit 403 Hektar.

Ich will es mit der Aufzählung genug sein lassen, aber einige Herrschaften möchte ich noch besonders namentlich nennen, die sich besonders reaktionär verhalten und in den schlechtesten Beziehungen zu den Bauern und Landarbeitern stehen. Das sind der Herr von Oppen in Dannenwalde mit 346 Hektar Grundbesitz, der Herr von Basewitz in Mechow mit 97 Hektar und der Herr Döppke in Gantikow mit 263 Hektar Land. Ich denke, das ist alles Grund genug, sich in Ihrem Kreise sehr ernstlich um eine Neuordnung der Besitzverhältnisse zu kümmern und diesen eingesessenen Junkern und Großgrundbesitzern ein wenig

auf den Marsch zu helfen und deren Grundbesitz und Vermögen in Ihre eigene Verwaltung zu übernehmen. Das wird sehr nützlich sein für die Bauern und Landarbeiter Ihres Kreises, aber auch für die Ernährung unseres Volkes. Wenn auch der Boden in der Ostprignitz nicht zu dem besten gehört, meist Sandboden ist, so ist doch diese Anhäufung von Großgrundbesitz bei einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großgrundbesitzern Anlaß genug, um damit aufzuräumen und neue Bauernstellen daraus zu schaffen.

Nach den Forderungen der Bauern und Landarbeiter soll die entschädigungslose Enteignung des gesamten Großgrundbesitzes durchgeführt werden, der sich in den Händen der Kriegsverbrecher, der Kriegsschuldigen, der Naziführer und der anderen aktiven Nazis, der Mitglieder der Gestapo, der Hitlerregierung und des faschistischen Reichstages befindet, ferner der gesamte Großgrundbesitz von über hundert Hektar mit allem lebenden und toten Inventar, Gutshäusern, Schlössern usw.

Aus dem so enteigneten Boden soll ein Bodenfonds geschaffen werden, in den auch ein Teil des staatlichen Grundbesitzes kommen soll, mit Ausnahme des Bodens, der von landwirtschaftlichen und wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen und Lehranstalten verwandt wird. Dieser Boden soll nicht enteignet werden, ebenso auch nicht der Boden, der den Stadtverwal-

tungen und den Gemeinden, Genossenschaften, Schulen, Heilanstalten und ähnlichen gemeinnützigen Anstalten gehört, wie auch der Grundbesitz von Klöstern und Kirchen. Der dem Bodenfonds zugeführte Boden soll den landarmen und landlosen Bauern, Landarbeitern, kleinen Pächtern und Umsiedlern zugeteilt werden.

VORSCHLÄGE ORGANISATORISCHER MASSNAHMEN

Für die Durchführung der Bodenreform werden eine Reihe organisatorischer Maßnahmen vorgeschlagen. So soll in jeder Gemeinde in einer allgemeinen Bauernversammlung, an der alle Bauern mit weniger als fünf Hektar Land, alle Landarbeiter, Kleinpächter und ansässigen Umsiedler teilnehmen, eine Kommission für die Durchführung der Bodenreform, bestehend aus fünf bis sieben Personen, gewählt werden. Es ist selbstverständlich, daß diese Kommission aus zuverlässigen, antifaschistischen, demokratischen Menschen bestehen muß, daß also aktive Mitglieder der Nazipartei und ihrer Gliederungen nicht in diese Kommission gewählt werden können. Die Aufgabe dieser Kommission, die ich kurz Gemeinde-Bodenkommission nennen will, besteht zunächst darin, eine Liste des in der Gemeinde zu enteignenden Bodens

und Inventars aufzustellen, um den Umfang des Bodenfonds festzustellen. Ferner muß eine Liste der Bauern mit Wirtschaften unter fünf Hektar Land und ihrer Familienmitglieder, der landlosen Bauern, Kleinpächter, Umsiedler, die ich kurz Bodenanwärter nennen möchte, aufgestellt werden. Diese Liste ist öffentlich auszuhängen, wobei anzugeben ist, wem Boden zugeteilt werden soll, wer eine neue Bauernstelle oder eine Landpachtstelle erhalten soll. Es ist eine sorgfältige Prüfung der Bodenanwärter vorzunehmen. Aktive Nazis, Funktionäre der Nazipartei und ihrer Gliederungen oder der Gestapo sollen ebensowenig in diese Liste aufgenommen werden wie notorisch arbeitsscheue oder kriminelle Elemente. Andererseits sollen die Opfer des Faschismus, bewährte antifaschistische, demokratische Bauern und Landarbeiter und kinderreiche Familien den Vorzug haben.

Auf Grund dieser Listen arbeitet die Gemeinde-Bodenkommission einen Vorschlag über die Aufteilung des Bodens aus, die sich nach dem Verhältnis der verfügbaren Bodenmenge und der Zahl der Bodenanwärter richten soll. Ferner nach dem Verhältnis der Bodenqualität und den Nutzungsarten, wobei eine möglichst gleichwertige Zuteilung an jede Bauernwirtschaft anzustreben ist, und schließlich nach dem Grundsatz, möglichst vielen Bauern- und Land-

arbeiterfamilien Boden zuzuteilen. Der von der Gemeinde-Bodenkommission ausgearbeitete Zuteilungsvorschlag soll öffentlich ausgelegt und nach einer kurzen Frist einer neuen Bauernversammlung zur Beratung und Beschlußfassung unterbreitet werden. Sollte der Vorschlag keine ausreichende Mehrheit finden, es sollten zwei Drittel der Anwesenden dafür sein, so muß die Kommission einen neuen Vorschlag vorlegen. Dieser Beschluß der Bauernversammlung soll für die Zuteilung des Bodens maßgebend sein, wenn er die Zustimmung der für den Kreis eingesetzten Bodenkommission gefunden hat.

Wie in der Gemeinde durch die Bauernversammlung die Gemeinde-Bodenkommission zu wählen ist, so wird auch für den Kreis eine Kreis-Bodenkommission von fünf Mitgliedern mit dem Landrat an der Spitze von der Kreisverwaltung geschaffen werden müssen, deren Zusammensetzung der Bestätigung durch die Provinzialverwaltung in Berlin bedarf. Auch von der Provinzialverwaltung wird eine besondere Kommission für die Durchführung der Bodenreform gebildet, an deren Spitze der Präsident der Provinzialverwaltung steht. Diese besonderen Kommissionen für die Durchführung der Bodenreform sollen Hand in Hand arbeiten, um möglichst reibungslos dieses große Werk durchzuführen.

SCHNELLSTE DURCHFÜHRUNG DER BODENREFORM!

Von größter Bedeutung ist, daß die Bodenreform in möglichst kurzer Frist durchgeführt und nicht etwa durch verwaltungstechnische bürokratische Maßnahmen hinausgezögert wird. Jede Verzögerung würde nur den Feinden der Bodenreform in die Hände arbeiten. Wenn von den Bauern und Landarbeitern und den von ihnen eingesetzten Kommissionen energisch an dieses große Werk herangegangen wird, so ist es durchaus möglich, daß die Bodenreform noch bis Ende Oktober 1945 durchgeführt werden kann. Es ist selbstverständlich, daß die Herbstbestellung der Felder sowie die Viehpflege durch die mit der Enteignung des Großgrundbesitzes und der Zuteilung von Boden verbundenen Maßnahmen keine Unterbrechung erfahren dürfen. Aus diesem Grunde sind für jedes zu enteignende Gut Treuhänder als Verwalter zu bestimmen, die aus den besten, erfahrensten und zuverlässigsten Bauern oder Landarbeitern bestehen sollen.

Eine weitere wichtige Maßnahme bei der Durchführung der Bodenreform ist die Enteignung des zum Großgrundbesitz gehörenden lebenden und toten Inventars und dessen Verwendung. Soweit dieses Inventar nicht aufgeteilt werden kann oder nicht der Gemeinde zufällt, müssen Maßnahmen zu einer gemeinschaftlichen Verwendung getroffen werden. Es

handelt sich dabei um landwirtschaftliche Maschinen, Bearbeitungs- und Verwertungseinrichtungen, Molkereien, Branntweinbrennereien, Mühlen oder auch für die Viehzucht notwendige Zuchtbullen, Deckhengste usw.

Um diese Einrichtungen in den Dienst der Bauernwirtschaften zu stellen, ist es notwendig, ein Organ in dem in einer Versammlung der Bauern und Landarbeiter zu wählenden Komitee der gegenseitigen Bauernhilfe zu schaffen, das aus den besten, zuverlässigsten Bauern besteht, und das die Verwaltung über das nicht zur Verteilung gelangende Inventar übernimmt. So wird zweckmäßigerweise von diesem Komitee zum Beispiel eine Ausleihstelle für landwirtschaftliche Maschinen zu organisieren sein, wie auch sonst die gemeinsame Verwendung der anderen Einrichtungen organisiert werden muß.

Mit der Bodenreform eng verbunden ist auch die Frage, was mit dem beschlagnahmten Wald der Großgrundbesitzer geschehen soll, der teilweise einen sehr großen Umfang hat, wenn auch sehr unterschiedliche Qualität. Wir haben Bezirke, wo der Wald einschließlich der Staatsforsten mehr als ein Drittel der Bodenfläche ausmacht. Diese Waldflächen, gleichviel ob private oder staatliche, sind dem allgemeinen Bodenfonds zuzuführen. Es ist selbstverständlich, daß ein Teil davon den neu geschaffenen Bauern-

stellen zugeteilt werden muß, wobei die Art der Zuteilung und die Bewirtschaftung des Waldes, ob privat- oder gemeinwirtschaftlich, einer besonderen Regelung bedarf. Auch in dieser Frage werden die zu schaffenden Bauernkomitees der gegenseitigen Hilfe die beste Regelung zu treffen wissen. Bei der Berechnung des Kaufpreises für den zugeteilten Wald wird am besten so zu verfahren sein, daß durchschnittlich zwei Hektar Wald den Kosten einer Ackerfläche von einem Hektar gleichgesetzt werden können. Je nach der Qualität des Waldes werden zwei bis drei Hektar Wald einem Hektar Ackerland gleichgesetzt werden, was bei dem insgesamt zugeteilten Boden in Betracht zu ziehen ist. Die Bauern werden am besten herausfinden, wie die Bewirtschaftung des zugeteilten Waldes vorzunehmen ist, wobei sich von selbst die Bildung gewisser Interessenverbände oder Waldgemeinschaften ergeben wird.

Das sind die allgemeinen Grundzüge der demokratischen Bodenreform, die sich auf Grund der bisherigen Vorschläge und Beratungen der Bauern und Landarbeiter ergeben haben. Die Kommunistische Partei hat in ihrem Aktionsprogramm ausdrücklich erklärt, daß der Besitz der Großbauernschaft mit etwa 20 bis 50 Hektar nicht angetastet werden soll. Auch die von Feinden der Bodenreform oft kolportierte Behauptung, daß die KPD eine Kollektivierung der

Bauernwirtschaften herbeiführen will, entbehrt jeder Grundlage. Das bäuerliche Privateigentum soll vollständig erhalten werden. Das ergibt sich auch schon daraus, daß die demokratische Umgestaltung Deutschlands sich nicht auf einer sozialistischen Basis vollzieht, sondern bei Aufrechterhaltung des Kapitalismus. Ausdrücklich heißt es im Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945:

„Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk."[1]

Wir Kommunisten weisen auch mit aller Entschiedenheit die Behauptung der Feinde der demokratischen Bodenreform zurück, daß die Aufteilung des junkerlichen Großgrundbesitzes ein Schaden für das deutsche Volk wäre, weil angeblich dieser Großgrundbesitz rentabler sei und mehr die Ernährung des

[1] Ebenda, S. 375. *Die Red.*

Volkes sichere als die Aufteilung in kleine selbständige Bauernwirtschaften. Es liegen genügend Beweise vor, die diese Behauptung entkräften, die auch eine infame Verleumdung der Bauernschaft ist.

SICHERUNG DER NEUGESTALTUNG DEUTSCHLANDS

Das mit der Bodenreform verfolgte Ziel ist: Sicherung einer wahrhaft demokratischen Neugestaltung Deutschlands und die Vernichtung der reaktionären, volksfeindlichen Kräfte, die immer wieder unser Volk in den Krieg hineintrieben und Not und Elend vermehrten. Wir Kommunisten haben immer als Ziel unserer Arbeit vor Augen gehabt, unser Volk in Frieden und Freundschaft mit den anderen Völkern zu verbinden, dem schaffenden Volke eine gesicherte Existenz und auskömmlichen Lebensunterhalt zu schaffen. Wir bekämpfen deshalb die reaktionären Kräfte, die Trustkapitalisten und Großgrundbesitzer, die dem schaffenden Volke die demokratischen Rechte und Freiheiten vorenthalten.

Wir Kommunisten suchten im deutschen Volke die kämpfende Einheitsfront der Arbeiterschaft und ihr Bündnis mit der Bauernschaft herbeizuführen, um so die Allgewalt des Trustkapitals und der Großgrundbesitzer zu brechen und den Krieg zu verhindern. Wir

haben nicht verhindern können, daß der Faschismus zur Macht gelangte und unser Volk in diesen räuberischen Krieg hineinzureißen vermochte. Die Angebote, die wir immer wieder an die anderen Parteien zur Herbeiführung der Einheitsfront und zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus machten, um durch seinen Sturz den Krieg zu verhindern, wurden von ihnen nicht angenommen. Im Gegenteil, sie kapitulierten vor dem Faschismus und ermöglichten ihm, seine verderbliche Rüstungs- und Kriegspolitik bis zum Ende durchzuführen. Aus dem Ergebnis dieser Politik müssen jetzt sehr ernste Lehren gezogen werden, um zu verhindern, daß nicht wieder wie nach 1918 die reaktionären Kräfte am Ruder bleiben oder sich vorläufig verkriechen, um dann wieder hervorzutreten. Es muß jetzt gründlich aufgeräumt werden mit allen Militaristen, Imperialisten und Faschisten.

Wir wollen ein freies, selbständig denkendes, demokratisch gesinntes und kämpferisch handelndes Volk — Alte und Junge, Männer und Frauen. Und um dieses großen Zieles willen müssen alle reaktionären Kräfte entmachtet und vernichtet werden.

Es gilt, in unseren Selbstverwaltungsorganen eine echte kämpferische Demokratie und die volle Selbstverantwortung für die Gestaltung unserer Zukunft zu entwickeln. Wir unternehmen diese Arbeit unter

den schwierigsten Bedingungen, wie sie durch die verbrecherische Hitlerpolitik geschaffen wurden, und die die militärische Besetzung unseres Landes zur Folge hat. Aber in den Beschlüssen der Berliner Konferenz der drei Großmächte sind dem deutschen Volke alle Möglichkeiten seines Wiederaufstiegs gegeben. Je schneller die demokratischen Kräfte in unserem Volke hervortreten und die Führung übernehmen, um so eher wird unser Volk wieder die Freiheit erlangen, sein Leben nach seinen eigenen Wünschen zu gestalten. Darin liegt auch einer der wichtigsten Gründe für die Beschleunigung der demokratischen Bodenreform.

Je schneller wir die Junker und Feudalherren entmachten und die Bodenreform durchführen, um so gründlicher und eher werden wir der Demokratie zum Siege verhelfen.

Ich kann mit großer Freude feststellen, daß sich diese Erkenntnis immer mehr in unserem Volke Bahn bricht und daß sowohl in der engen Zusammenarbeit zwischen der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei wie auch in der Zusammenarbeit dieser beiden Parteien mit den beiden anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien, den Liberal-Demokraten und den Christlich-Demokraten, eine ernste Voraussetzung für die Verwirklichung der demokratischen Neugestaltung Deutschlands geschaffen wird. So schwer auch die Lasten sind, die Hitler

unserem Volke mit seinem verbrecherischen Eroberungskriege aufgeladen hat, und so groß die Wiedergutmachungsverpflichtungen für unser Volk sind, es wird bei der ernsten Erfüllung dieser Pflichten und in konsequenter Anwendung der von ihm zu ziehenden Lehren wieder emporsteigen und sich die Achtung und die Freundschaft der anderen Völker erwerben, um wieder seinen Platz unter ihnen einzunehmen.

In diesem Bewußtsein muß auch die demokratische Bodenreform durchgeführt werden, die ein schwerer Schlag gegen den Faschismus und ein ernster Prüfstein für die Demokratie ist.

ANHANG

ENTSCHLIESSUNG DER BAUERNSCHAFT IN KYRITZ

2. SEPTEMBER 1945

Die Kreisbauernversammlung für den Kreis Ostprignitz am Sonntag, dem 2. September, stimmt einmütig den Ausführungen des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands, Wilhelm Pieck, über die Lage und die Aufgaben unseres deutschen Volkes, insbesondere über die Notwendigkeit der Durchführung einer demokratischen Bodenreform, vollinhaltlich zu und gelobt, alle Kräfte an die Vorbereitung und Durchführung der Bodenreform zu setzen und auch damit Garantien für die Schaffung eines friedlichen, demokratischen Deutschlands zu schaffen und den Wiederaufbau unserer durch Hitler ruinierten Wirtschaft zu fördern.

Das zwölfjährige Naziregiment und der verfluchte Hitlerkrieg brachten das größte Elend über unser deutsches Volk. Stadt und Land wurden ruiniert. Noch nie wurden der kleine Bauer und der Gutsarbeiter so ausgesogen wie während dieser grausamen Zeit. Unsere bäuerlichen Produkte wurden uns restlos abgenommen. Oft hatten wir selbst nicht mehr genug Kartoffeln für unsere Familie und unser Vieh.

Jedes Ei wurde beschlagnahmt, noch ehe es gelegt war. Die Milchzentrifuge war plombiert. Wer zuwenig Milch zur Molkerei brachte, dessen Vieh kam zur Schlachtbank. Der Bauer verarmte von Tag zu Tag mehr. Aber die großen Rittergutsbesitzer, die Junker und feudalen Herrschaften machten glänzende Geschäfte.

Doch das war nicht alles! Unsere Kinder, unsere Arbeitskräfte, wir selbst wurden in Uniformen gesteckt und zum Überfall auf andere friedliche Völker weggeschleppt. Zu Hause brachen unsere Frauen unter der Last der Überarbeit zusammen und wurden obendrein noch von den Nazibonzen geschurigelt. Viele wurden gezwungen, Grund und Boden zu verkaufen oder zu verpachten.

Die grausame Kriegszeit ist heute vorbei und mit ihr das „tausendjährige Reich" der Hitler und Konsorten. Zurückgeblieben aber ist Elend und Hunger für das arbeitende Volk.

Durch den Krieg und seine Folgen wurden Hunderttausende von Bauern von Haus und Hof vertrieben. Diese liegen heute mit Frauen und Kindern auf der Landstraße.

Aber noch sitzen die Kriegsinteressenten und Stützen des Hitlerregimes, die Junker und Großgrundbesitzer, auf ihren Gütern. Sie hoffen, das Heft wieder in die Hand zu bekommen, um ihre Ausplün-

derungsmethoden gegen Bauern und Arbeiter fortsetzen zu können. Wir Bauern und Landarbeiter fordern, daß diese Kriegsschuldigen und Leuteschinder restlos enteignet werden. Der Junkerboden, der einst durch List und Gewalt unseren Vorfahren vom Adel abgenommen wurde, muß wieder Bauernboden werden.

Durch den Hitlerkrieg und seine Folgen ist die Ernährung des deutschen Volkes in große Gefahr geraten. Wir Bauern sind bereit, aus dem Grund und Boden herauszuholen, was nur möglich ist. Dazu brauchen wir freie Bauernwirtschaften. Die Flüchtlinge und Kriegsvertriebenen wollen und können seßhafte Bauern werden. Land ist genügend vorhanden. Allein in unserem Kreise Ostprignitz gibt es 65 große Güter, von denen jedes weit über 100 Hektar umfaßt, einzelne sogar bis zu 700 Hektar.

Wir verlangen die Aufteilung des Bodens der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen und des ganzen Großgrundbesitzes über 100 Hektar an die kleinen Bauern, Landarbeiter und Kriegsvertriebenen. Wir wollen endlich einmal freie Bauern sein, auf freier Scholle, in einem demokratischen Deutschland.

WICHTIGSTE DATEN ZUR AGRARPOLITIK DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

1945

11. Juni — In ihrem Aufruf an das schaffende Volk in Stadt und Land fordert die Kommunistische Partei Deutschlands die Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten der landlosen und landarmen Bauern, der Umsiedler und Landarbeiter. Sie ruft die Werktätigen zur restlosen Einbringung der Ernte durch eine breite Arbeitshilfe für die Bauern auf. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien schließen sich der Forderung und dem Aufruf an.

11. Juli — Walter Ulbricht tritt in einem Artikel in der „Deutschen Volkszeitung“ für die Beseitigung der faschistischen Reichsnährstandsverordnungen (totale Ablieferung usw.) ein. Er ruft die Industriearbeiter zur aktiven Hilfe bei der Ernteeinbringung auf.

19. Juli — In einer Massenversammlung in Berlin ruft Wilhelm Pieck die städtische werktätige Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterklasse, zur Hilfe für die restlose Einbringung der ersten Friedensernte auf.

24. Juli — „Alle Kräfte für die Ernte!“ Aufruf der Einheitsfront der antifaschistischen Parteien.

2. September Wegweisende Rede Wilhelm Piecks auf einer Bauernkundgebung in Kyritz (Ostprignitz) zur Enteignung und Aufteilung des Junkerlandes.

3. bis 11. September Verordnung der Länder- und Provinzialverwaltungen über die Durchführung der demokratischen Bodenreform in allen Ländern der sowjetischen Besatzungszone.

8. September Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands an alle Werktätigen, die Herrschaft der junkerlich-feudalen Großgrundbesitzer im Dorfe zu beseitigen, um eine friedliche, antifaschistische und demokratische Entwicklung des deutschen Volkes zu ermöglichen.

19. September Auf einer Großkundgebung der Kommunistischen Partei Deutschlands in Berlin sprechen Wilhelm Pieck und Edwin Hoernle über die Bedeutung der demokratischen Bodenreform. In der Entschließung fordern die Versammelten die Durchführung der Bodenreform, um den Militarismus auszurotten, den demokratischen Neuaufbau durchzuführen und die Volksernährung zu sichern.

1946

21. und 22. April Der Vereinigungsparteitag der KPD und SPD fordert die Durchführung der Bodenreform in ganz Deutschland, „um die Vorherrschaft der Großgrundbesitzer auf dem Lande zu brechen, den Kleinbauern, Umsiedlern und Landarbeitern eine selbständige Existenz zu schaffen".

14. Mai In seinem Beschluß zur Ernährungsfrage ruft der Parteivorstand der SED zur Organisierung

einer freiwilligen Erntehilfe und zur Aktivierung der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe auf.

17. Juni — Aus dem Aufruf des Parteivorstandes der SED zu den Gemeindewahlen: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands schuf durch die Bodenreform die Voraussetzungen für die ertragfördernde Pflege des Bodens ... Sie förderte die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe zur Sicherung unserer Ernährung. Sie organisierte die Solidaritätsorganisation für die Bestellung des Bodens und für die Einbringung der Ernte. Sie kämpfte für schärfste Kontrolle der Preisbildung, gegen Wucher und Schwarzhandel."

17. Juli — In den Kommunalpolitischen Richtlinien des Parteivorstandes tritt die SED für eine Hilfe der Industriebetriebe an die Bauern ein, für Festigung und Ausbau der Bodenreform in engster Zusammenarbeit mit der VdgB durch intensive und rationelle Agrarwirtschaft zur höchstmöglichen Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugungskapazität, materielle Hilfe an die Neubauern, Förderung des Genossenschaftswesens und Entwicklung des kulturellen Lebens auf dem Dorfe.

19. September — Der Parteivorstand der SED schlägt allen antifaschistisch-demokratischen Kräften einen Meinungsaustausch über die Grundrechte des deutschen Volkes vor. In diesen Grundrechten tritt die SED für die Sicherung der durch die Bodenreform geschaffenen Eigentumsverhältnisse ein.

14. Oktober	Aufruf des Zentralsekretariats der SED an alle Neubauern und Umsiedler, sich bei den Kreis- und Landtagswahlen am 20. Oktober 1946 für die SED, die ihnen Boden und eine neue Heimat gab, zu entscheiden.
14. November	Ein von der außerordentlichen Tagung des Parteivorstandes der SED beschlossener Verfassungsentwurf verlangt die Garantie der durch die Bodenreform auf dem Dorfe geschaffenen neuen Eigentumsverhältnisse durch die Verfassung.
	1947
9. September	Befehl 209 der Sowjetischen Militärverwaltung: Errichtung von 37000 Gebäuden für Neubauern im Laufe der Jahre 1947 und 1948, Verteilung von 85000 Stück Großvieh an die Neubauern.
20. bis 24. September	Der II. Parteitag der SED fordert in seiner Entschließung zur politischen Lage: Zerschlagung aller Versuche der Reaktion, die Bodenreform rückgängig zu machen, eine geregelte Planung, Entwicklung und Festigung der VdgB, Hebung des Ackerbaus und der Viehzucht, verstärkten Bau von Neubauerngehöften u. a.
	1948
30. Juni	Der Parteivorstand der SED beschließt den Zweijahrplan 1949 bis 1950. Das Zentralsekretariat der SED wird beauftragt, der Deutschen Wirtschaftskommission den Plan mit dem Ersuchen zu überreichen, den Zweijahrplan zu beraten und als Gesetz zu beschließen.

Der Zweijahrplan stellt der Landwirtschaft als Hauptaufgaben: Erweiterung der Anbauflächen, Erhöhung der Hektarerträge, Vergrößerung des Bestandes an Nutzvieh mit dem Ziel, eine verbesserte Versorgung der Industrie mit Rohstoffen und einen bedeutend erhöhten Lebensstandard der Bevölkerung zu gewährleisten. In der Forstwirtschaft ist eine systematische Aufforstung notwendig.

5. September Die Entschließung des Zentralsekretariats der SED zum dritten Jahrestag der Bodenreform betont die führende Rolle der Klein- und Mittelbauern im Dorfe und die große Bedeutung der VdgB und der Genossenschaften.

1949

25. bis 28. Januar Auf der I. Parteikonferenz der SED in Berlin erläutert Walter Ulbricht den Plan des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und die Hauptaufgaben für das Jahr 1949. Diese Hauptaufgaben sind unter anderen: Die Erhöhung der Hektarerträge, Entwicklung der Viehzucht im Interesse der Ernährung, Ausbau der Maschinenausleihstationen, Entwicklung der volkseigenen Güter zu Mustergütern. Die Parteikonferenz beschließt die Verbesserung der Parteiarbeit und der kulturellen Arbeit auf dem Lande und beauftragt den Parteivorstand der SED, alle Maßnahmen zu treffen, um die Herausgabe eines Gesetzes zum Schutze der landwirtschaftlichen Arbeiter zu erreichen.

17. Februar In einer Stellungnahme regt das Politbüro der SED die Verbesserung der Maschinenausleih-

stationen und die Schaffung von neuen Maschinenausleihstationen an. Das Politbüro ersucht die Genossen Rau und Selbmann, der Deutschen Wirtschaftskommission Vorschläge für den Ausbau der Maschinenausleihstationen und die Erhöhung der Hektarerträge zu unterbreiten. Das Politbüro schlägt eine bedeutende Erhöhung der Produktion von Traktoren vor.

19. und 20. Februar — Die Bauernkonferenz der SED in Halle faßt grundlegende Beschlüsse zur weiteren Entwicklung der Landwirtschaft. In seinem Referat erläutert Walter Ulbricht die neuen Aufgaben in der Landwirtschaft: Die Maschinenausleihstationen müssen agrartechnische und kulturelle Zentren werden, die volkseigenen Güter sind zu Mustergütern zu entwickeln, die Fachschulung ist zu verstärken, die Arbeit der VdgB zu verbessern, die Demokratie im Dorfe zu entwickeln.

10. März — Die Deutsche Wirtschaftskommission beschließt Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der Maschinenausleihstationen und Erweiterung der Hilfe für die Bauern mit Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen.

2. April — Umfangreiche Hilfe der UdSSR zur Verbesserung der Arbeit der Maschinenausleihstationen durch Lieferung von 1000 Traktoren und 540 Lastwagen.

23. und 24. Juni — Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl grüßen die Delegierten des 2. Bauerntages in Berlin. Schwierigkeiten werden durch gemeinsame Anstrengungen der Arbeiter und Bauern über-

wunden werden. Durch gemeinsame Anstrengungen wird auch die Einheit Deutschlands errungen werden.

24. August Die Entschließung des Parteivorstandes der SED nennt die nächsten Aufgaben der Partei: Ausbau des Schulungswesens und Entwicklung der Kulturarbeit. Volkseigene Güter und Maschinenausleihstationen sollen zum Mittelpunkt des Dorfes werden. Friedenshektarerträge müssen angestrebt werden.

7. Dezember Die Provisorische Volkskammer beschließt das Gesetz zum Schutze der Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten.

1950

17. Januar Der Parteivorstand der SED ruft alle Bauern und Bäuerinnen auf, für die Erreichung von Friedenserträgen zu kämpfen. Voraussetzungen dafür sind die Zusammenarbeit der Arbeiter und Bauern und neue Arbeitsmethoden. Das Politbüro der SED schlägt Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles vor.

20. bis 24. Juli Der III. Parteitag der SED beschließt den ersten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft und legt die Hauptaufgaben für die Landwirtschaft fest: Steigerung der Ernteerträge, Verbesserung der Viehzucht durch mehr Maschinenausleihstationen und stärkere Ausrüstung mit Maschinen. Von entscheidender Bedeutung sind die Demokratisierung des Dorfes, die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und die Entwicklung des kulturellen Lebens. Der Parteitag beschließt praktische

	Maßnahmen zur demokratischen Reorganisierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften.
17. August	Der Ministerrat billigt den von der SED vorgelegten Gesetzentwurf über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft.
8. September	Die Provisorische Volkskammer erläßt das „Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik“ und das „Gesetz über die Entschuldung und Kredithilfe für Klein- und Mittelbauern“.
15. September	Wilhelm Pieck spricht vor 100000 Bauern anläßlich der Eröffnung der ersten landwirtschaftlichen Lehr- und Leistungsschau in Leipzig. Nur durch gemeinsame Arbeit werden Arbeiter und Bauern zu Frieden, Einheit und Wohlstand gelangen.
	1951
19. April	Aus den Richtlinien des Zentralkomitees der SED zum fünften Jahrestag der Gründung der Partei: Auf ihren Vorschlag wurden die Maschinenausleihstationen und volkseigenen Güter geschaffen. Mit Hilfe der Arbeiterklasse festigten sich die Neubauernwirtschaften. Es wurde eine allgemeine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erzielt und die Vorkriegshektarerträge erreicht.
17. Oktober	„Die Äcker sollen Früchte zum Wohle der Menschheit tragen!“ Rede Wilhelm Piecks anläßlich der Gründung der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften.

8. Dezember Das Zentralkomitee der SED richtet an den 3. Deutschen Bauerntag ein Begrüßungsschreiben und nennt als wichtigste Aufgabe die Verwirklichung der Demokratie im Dorfe.

1952

9. bis 12. Juli Die II. Parteikonferenz der SED stellt fest: Die politischen und die ökonomischen Bedingungen sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind so weit entwickelt, daß der Aufbau der Grundlagen des Sozialismus zur wichtigsten Aufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik geworden ist. Den Landarbeitern und werktätigen Bauern, die sich auf völlig freiwilliger Grundlage zu Produktionsgenossenschaften zusammenschließen, ist die notwendige Hilfe zu gewähren und dadurch zugleich das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft zu festigen.

19. Juli Das Politbüro der SED beschließt Vergünstigungen für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und ihre Mitglieder.

23. September Das Politbüro der SED beschließt Richtlinien für die Arbeit der Politischen Abteilungen bei den Maschinenausleihstationen.

16. Oktober Das Sekretariat des Zentralkomitees der SED beschließt Direktive über die Bildung und die Arbeit der Parteiorganisationen in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

5. und 6. Dezember Auf der 1. Konferenz der Vorsitzenden der landwirtschaftlichen Produktionsgenossen-

schaften in Berlin sprechen Wilhelm Pieck über die neue Entwicklung in der Landwirtschaft und Walter Ulbricht über die Aufgaben und Perspektiven der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Annahme von Musterstatuten und einer Musterbetriebsordnung für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

19. Dezember Beratung des Ministerrats mit Genossenschaftsbauern über die weitere Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

1953

21. April Um die Ernährung zu sichern, veröffentlicht das Politbüro der SED ein Kommuniqué zu den Fragen der Entwicklung der Viehwirtschaft und Futterversorgung.

23. April Das Sekretariat des Zentralkomitees der SED beschließt die verstärkte Entsendung von Arbeitern auf das Land zur unmittelbaren Hilfe bei der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes.

28. April Im Beschluß des Politbüros der SED über die Bedeutung der Organisationsfragen in der Etappe der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus werden weitere Maßnahmen zur Verstärkung der Parteiorganisationen auf dem Dorfe genannt.

24. bis 26. Juli Die 15. Tagung des Zentralkomitees der SED beschließt Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung und zur weiteren Hebung der Lebenslage der Bevölkerung sowie zur Stärkung der

Arbeiter- und Bauernmacht auf dem Lande. Annahme des Dokuments: „Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei."

14. November Maßnahmen des Ministerrats zur Sicherung der Entwicklung der Viehbestände.

5. und 6. Dezember Auf der 2. Zentralen Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften schlägt Walter Ulbricht Maßnahmen zur Festigung und weiteren Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vor, unter anderen Entwicklung der Kader, verstärkte Mechanisierung, Verbesserung der Arbeit der Maschinentraktorenstationen, Hilfe durch Industriebetriebe und Entwicklung der Eigeninitiative der Bauern.

1954

22. und 23. Januar 17. Tagung des Zentralkomitees der SED: Entschließung über die Entfaltung der politischen Massenarbeit im Dorfe und über die nächsten Aufgaben in der Landwirtschaft.

30. März bis 6. April IV. Parteitag der SED: Annahme der Grundsätze der deutschen Arbeiterklasse, der werktätigen Bauern, der Intelligenz und aller anderen friedliebenden Deutschen für die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation.
„In der Landwirtschaft gilt es energische Anstrengungen zu unternehmen, um die Hektarerträge zu erhöhen, die Futtermittelbasis zu erweitern und die Menge wie die Güte der tierischen Produkte zu steigern, die für die Bevöl-

kerung und für die Industrie notwendig sind. Dem Strom der bäuerlichen Waren in die Stadt wird der wachsende Strom hochwertiger Industriewaren zu den Genossenschaftsbauern und den werktätigen Einzelbauern begegnen."

13. Mai — Beschluß des Ministerrats der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die bevorzugte Unterstützung werktätiger Bauern aus Westdeutschland, die durch die Kriegspolitik der Adenauer-Regierung ihre Existenz verloren haben und ins Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik übersiedeln.

8. und 9. September — In ihrer Entschließung über die wirtschaftlichen Aufgaben im Jahre 1955 schlägt die 20. Tagung des Zentralkomitees der SED unter anderem vor: die werktätigen Einzelbauern und die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften durch Partei und Regierung stärker zu unterstützen, die Kapazität der Maschinentraktorenstationen besser auszunützen und verschiedene Arbeitsgänge in der Landwirtschaft verstärkt zu mechanisieren.

12. bis 14. November — Auf der 21. Tagung des Zentralkomitees der SED erläutert Walter Ulbricht die vordringlichen Aufgaben in der Landwirtschaft:

„Ausbau der Maschinentraktorenstationen zur wirtschaftlich-technischen, politischen und kulturellen Hauptbasis für die Entwicklung der Landwirtschaft und die Erziehung der Kader in der Landwirtschaft sowie die Entsendung qualifizierter Kader aus der Industrie in die Landwirtschaft."

26. und 27. November	Die 1. Zentrale Konferenz des Zentralkomitees der SED in Schwerin zu den Fragen der Maschinentraktorenstationen stellt folgende Hauptaufgaben: Verwirklichung der Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung auch in der Landwirtschaft und Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs.
12. Dezember	3. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Leipzig. Referat Walter Ulbrichts über die Ergebnisse und weiteren Aufgaben der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bei der Entwicklung der Landwirtschaft und der weiteren Demokratisierung des Dorfes.
	1955
14. bis 16. Januar	Kongreß junger Neuerer der Landwirtschaft in Schwerin unter Teilnahme von mehr als 1000 jungen Landarbeitern, Traktoristen, Genossenschafts- und werktätigen Einzelbauern.
10. März	Maßnahmen des Ministerrats zur Steigerung der Hektarerträge, zur Erhöhung der tierischen Produktion und zur Erweiterung der Futtermittelbasis im Jahre 1955.
13. bis 15. April	Die 23. Tagung des Zentralkomitees der SED fordert die Stärkung der Parteiorganisationen auf dem Lande, Entsendung qualifizierter Industriearbeiter aufs Land, Ausbau der Maschinentraktorenstationen, Anwendung von Neuerermethoden, Erhöhung der Erträge in der Viehwirtschaft und Verbesserung der Kulturarbeit.

1. und 2. Juni	Auf der 24. Tagung des Zentralkomitees der SED spricht Walter Ulbricht unter anderem über die Aufgaben der Maschinentraktorenstationen, die zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Mittelpunkt des Dorfes werden müssen. Es gilt jetzt, wie für alle Gebiete, so auch für das Gebiet der Landwirtschaft, in der Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens und der Kultur große Kräfte zu entfalten und die Deutsche Demokratische Republik als Wahrerin der nationalen Interessen des deutschen Volkes zu stärken.

INHALT

ANHANG